

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 5 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Grunewaldstr. 7,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis pro Woche 25 Pf.
„Monat 1.00 M.
für 3 Monate 3.00 M.
Durch die Post bezogen 3.10 M.
frei ins Haus 3.50 M.
No. keine Post am Orte 3.00 M.

Abbestellungspreis: beträgt
für die einjährige Colonienzeit
oder besten Raum 20 M.
Einmalige Anfertigung 10 M.
Nachdrucke unter Text 1 M.
Zuf. für Arbeitsmarkt 15 M.
Anzeigen:
Familien-Nachrichten 20 M.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 143.

Breslau, Donnerstag, den 22. Juni 1916.

27. Jahrgang.

Das Ringen mit den Russen.

Kampfwagen im Osten.

In seinem gestrigen Bericht hat der russische Generalstab es offen zum Ausdruck gebracht, daß der Vormarsch nachemberg das Ziel der russischen Offensive ist; die Einnahme der galizischen Hauptstadt würde dem militärischen und politischen Ansehen Rußlands wohl Genüge leisten. Nicht man an diesem Ziele den Erfolg der Russen in den letzten Tagen, so muß ihr Bemühen als völlig mißlungen bezeichnet werden. Denn die einzige Gegend, in der sie wirklich noch nennenswerte Fortschritte machten, liegt nicht auf der Route nach Lemberg, sondern südlich und westlich von Czernowiz in der Bukowina. Hier haben sie, was auch der österreichische Bericht andeutet, Starosinez, Hlibokar und Zadawa besetzt, also schon einen Ring von 20 bis 30 Kilometer um die eroberte Hauptstadt der Bukowina gezogen. Welches hier der Fortgang der Kämpfe sein wird, läßt sich noch nicht absehen.

Klarer liegen die Verhältnisse im Norden davon. Die Front Dohmer zwischen Strypa und Słota Lipa hält weiter Stand, so hart sie auch umritten wird, von der östlichen Seite droht Lemberg, so scheint, keine Gefahr. Dort aber, wo es den Russen gelang, von Luj aus eine tiefe Einbruchung in die österreichische Front zu machen, in Wolhynien hat der heisse Kampf zu keinem neuen Fortschritt der Russen geführt. An diesen Stellen der Kampflinie, bei Mogowice und Łosze und auch weiter nördlich auf der Strecke Kolk—Kowel zu, wo Lininaen kommandiert, überwiegen die Angriffe der Mittelmächte-Truppen und es ist diesen gelungen, aus einigen Dörfern die Russen schon zu vertreiben, so aus Kiełcin und Gruniatyn, wo es auch mehrfach gelang, den Russen bis zu 1000 Gefangenen abzunehmen. So muß General Brussilow selbst den „Rückenhand“ und die „heftigen Gegenangriffe“ seiner Feinde konstatieren, wenn er im weiteren Bericht auch mit allerhand Teilerfolgen aufwartet und wieder hübsche Gefangenenaufnahmen aufzählt. Einen Territorialgewinn, also einen östlichen Fortschritt auf Lemberg zu, verzeichnet er seit zwei Tagen nicht mehr, teilweise geht er schon zurück.

Ueber die deutschen Erfolge am Stachob schreibt Wilhelm Hecker dem „Berliner Tageblatt“. Bei den Kämpfen, welche die Russen über den Stachob zurückwarfen, hat eine deutsche Kavallerie-Brigade, unterstützt durch sieben Kompanien Infanterie, den Brückenkopf Ostrow mehrere Tage hindurch gegen heftige und mit großer Uebermacht ausgeführte Angriffe verteidigt und es den Truppen auf diese Weise ermöglicht, unbehindert das Ufer des Stachob zu erreichen. Als der russische Anprall an jener Stelle Erfolg hatte, hat eine einzige Schwadron Mannen die Eindringenden dann wieder in die Flucht gejagt. Weiter südlich haben niederösterreichische Truppen einen wichtigen Erfolg errungen, indem sie die zu einem starken Stützpunkt ausgebauten Stellung bei dem Dorfe Kiełcin, das an der Straße nach Woroncin liegt, einnahmen. Nach anfänglicher zäher Verteidigung zogen die Russen sich auch hier fluchtartig zurück und werden von den Unseren andauernd verfolgt.

Im Norden, einige Kilometer südlich des Knides, wo die neue Stellung der Verbündeten nach Osten umbiegt, ist Reimtasz genommen worden. Der Angriff wird auf Kimmier weitergetragen. Am 18. Juni haben Truppen, die in der Mehrzahl aus Rheinländern bestehen, durch heimtückisches Sumpfgelände, das schon manchem braven Soldaten das Leben gekostet hatte, einen Sturm auf das Dorf Swidnik ausgeführt. Eine mehrstündige vorzügliche Artillerievorbereitung hatte den Feind betäubt, daß er nach kurzem Handgemein seine gut besetzte Stellung räumte. Während die Opfer auf unserer Seite glücklicherweise gering sind, hatten die Russen schwere blutige Verluste und ließen außerdem noch 224 Gefangene sowie 7 Maschinengewehre in unserer Hand. Im weiteren Verlauf des Kampfes wurde die Bahnstrecke über den Stachob südlich von Swidnik genommen.

Wie aus den Berichten Petersburger Blätter hervorgeht, sehen jetzt selbst die militärischen Kreise Rußlands dem Fortgang der russischen Offensive ohne allen großen Erwartungen entgegen. Aus den russischen Generalstabberichten geht unmissverständlich die Tatsache hervor, daß das Zentrum der gegnerischen Streitkräfte hartnäckigen und ungebrochenen Widerstand leistet. Angesichts der östlichen Beschaffenheit des Kampfgebietes, der großen Ausdehnung der Front und der mangelnden Streitkräfte, die über eine Strecke von Hunderten von Kilometern hin- und hermandrieren müssen, dürfte trotz der an verschiedenen Stellen gelungenen Einbrüche in die feindliche Front für die kommenden Ereignisse nicht das gleiche Tempo erwartet werden.

Auch die französische Presse, die sich in langen Artikeln mit den Ereignissen in der Bukowina und in Wolhynien befaßt, zeigt eine gewisse Skepsis, daß der russische Vor-

marsch durch unvorhergesehene Vorkommnisse zum Stehen gebracht werden könne.

Auf Vorschlag des Generals Brussilow hat das Ministerium des Innern den Städten Luj, Dubno und Kremenetz, die von Rußland zurückgewonnen sind, telegraphisch Summen angewiesen, die der Hälfte des Jahresbudgets dieser Städte entsprechen, um ihnen die Rückkehr zum normalen Leben zu erleichtern. Brod ist noch nicht erreicht.

Wie die Buletten „Dreplatea“ meldet, verläutet aus Jsmail, daß Großfürst Nikolai Nikolajewitsch aus dem Kaukasus eingetroffen sei und an der Front in Wolhynien weile. Auch dieser Schlächter wird das Schicksal der russischen Offensive nicht mehr bessern können.

Griechenland wird gebeugt!

Petersburg, 22. Juni. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet:

Die Vertreter der Vierverbandsmächte werden am 22. Juni der griechischen Regierung ein Ultimatum überreichen, in dem sie folgende Forderungen aufstellen: Demobilisierung, Bildung eines Kabinetts, das eine wohlwollende Neutralität verbürgt und bereit ist, sich den Wünschen der geschnitten erwählten Kammer zu fügen, und Erziehung der unter fremdem Einfluß handelnden Polizeibeamten durch Beamte, die im Einvernehmen mit den Vierverbandsmächten ernannt werden.

Damit wird die innere und äußere Souveränität Griechenlands endgültig beseitigt und der Vierverband als Herrscher des Landes proklamiert.

Der Kanzler und die Eroberungspolitik.

Zu den Ausführungen, die der Abgeordnete Scheidemann im „Schießwerder“ zu Breslau über die Kriegsziele des Kanzlers machte, nimmt die Berliner Presse Stellung. Aus den vorliegenden Meinungen verdient die des „Sozial-Anzeigers“ Beachtung, die den Inhalt der von Scheidemann genannten alldeutschen-industriellen Eingabe mitteilt. Diese Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände fordert die Annexion von Belgien, der angrenzenden französischen Küstengebiete bis zur Somme, der Kohlengebiete, der Departements Du Nord und des Pas de Calais, Angliederung von Teilen der Dniepropowinzen und der südlich davon gelegenen Gebiete. Dazu sagt nun der „Sozial-Anzeiger“:

„Diese maßlosen Eroberungspläne hat der Reichskanzler in der Tat niemals zu den seinigen gemacht, wie auch aus seinen wiederholten Erklärungen im Reichstage hervorgeht, in denen er seine Kriegsziele in allgemeinen Umrissen angedeutet hat (erhöhte Bürgerkassen für Grenzsicherung, Einfassungen, Neugestaltungen usw.).“

Ob diese Befristung der Scheidemann'schen Mitteilungen einen offiziellen Charakter haben, ist nicht zu erkennen, wichtig sind sie für alle Fälle. Es scheint mehr, als ob der „Sozial-Anzeiger“ den Kanzler gewissermaßen nur als „gemäßigten“ Annexionisten hinstellen möchte, worauf noch zurückzukommen sein wird.

Mit Ungeduld zum Ende.

Bern, 21. Juni. (B. L. S.) In den französischen Blättern werden trotz der Zensur Erschöpfung und Friedenssehnsucht immer deutlicher erkennbar. Frankreichs Forderung nach einem Eingreifen der Engländer an der Westfront treten immer mehr hervor. So laut Marcel Cachin in der „Humanité“: Die Engländer verhalten sich über ein ungeheures, gut ausgerüstetes Heer, mächtige Geschütze und reiche Munition. Die Stunde ist da, wo dieses Heer zeigen muß, was es leisten kann. Es wird hoffentlich den Gang des Krieges ändern und muß das mit Ungeduld erwartete Ende beschleunigen.

Die immerwährende Geheimfugung.

Bern, 21. Juni. Noch immer liegt keine Meinung vor, daß die Geheimfugung der französischen Kammer geschlossen worden sei. Seit gestern sind schon die fünfte Zusammenkunft statt. Die Blätter bringen nur diese letzte Mitteilung. Da sie den Versuch machen, mehr zu sagen, erzählt die Zensur, daß sie im „Temps“, der allerdings der Erwartung Ausdruck geben darf, daß die Geheimfugung die Zustimmung über die Lagerordnung, die zu den eingebrachten Interpellationen Stellung nehmen, wesentlich an-
winge.

Die Wählerklassen im Schützengraben.

Man hat früher geglaubt, etwas Besonderliches als das preussische Dreiklassenwahlrecht vor dem Kriege könne es überhaupt nicht geben. Und doch läßt sich etwas denken, was noch viel toller wäre, das ist das Dreiklassenwahlrecht nach dem Kriege. Der Krieg hat ungeheure Verschiebungen der Einkommens- und Vermögensverhältnisse hervorgerufen. Er hat reiche Leute an den Bettelstab gebracht, er hat heillosen Wohlstand zerstört, er hat gesicherte Existenzen in Not und Unsicherheit geworfen. Auf der andern Seite hat er gewaltige neue Reichtümer produziert und eine neue Klasse von Besitzenden geschaffen. So haben sich auch die Verhältnisse der Steuerzahler, auf denen das preussische Wahlrecht aufgebaut ist, gründlich verschoben. Man kann im allgemeinen sagen, daß diejenigen, die dem Reich Gut und Blut geopfert haben, schlechte Steuerzahler geworden, daß aber diejenigen, die zuhause blieben und Geschäfte machten, gute Steuerzahler geworden oder geblieben sind. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Vaterlandskämpfer, es benachteiligt die Kriegsgewinner.

Werden die Soldaten, die aus dem Felde heimkehren und wieder den Bürgerrock anziehen, sich diese Entrechtung gefallen lassen? Werden die, die bisher in der dritten Klasse gewählt haben, sich mit diesem Mindestmaß politischen Rechts begnügen und ruhig zusehen, wie der reichgewordene Kriegsgewinner als Wähler erster Klasse ihr hundertstimmiges Votum mit einem einzigen Stimmzettel erschlägt? Und die, die bisher in der zweiten Klasse gewählt haben und nun in die dritte hinabgeschleudert sind, weil sie im Schützengraben standen, während die anderen mit Toten Mindestlohn und Hülsenfrüchten handelten, werden sie sich das ruhig gefallen lassen? Kann es eine Regierung geben, die diesen Wahnsinn Wirklichkeit werden lassen sollte? Muß nicht selbst derjenige, der das Dreiklassensystem vor dem Kriege für erträglich gehalten hat, vor den Folgen dieses Systems nach dem Kriege zurückschrecken? Kann es überhaupt noch einen Menschen in Deutschland und in Preußen geben, der die Aufrechterhaltung dieses Systems für möglich hält?

Die „Schles. Volksztg.“ hat es dem Abgeordneten Scheidemann sehr übel genommen, daß er fragte, ob man drücken die Wähler 1. Klasse in den ersten Schützengraben, die Wähler 2. Klasse in den zweiten Schützengraben und die Wähler 3. Klasse in die Reserve stelle und daß im Volke oft geglaubt werde, die Wähler 1. Klasse seien im ersten Schützengraben gerade nicht zu finden. Das Zentrumblatt meint, die Verlustlisten entkräften solche Behauptungen. Wenn es damit die behauptet in der ersten Kriegshälfte hohen Opfer der aktiven Offiziere bis zum Obersten meint, so darf sie nicht vergessen, daß diese Offiziere, abgesehen davon, daß sie kein Wahlrecht haben, auch durchaus nicht durchgängig in die erste Klasse gehören, oft nicht einmal in die zweite. Gehört doch der Reichskanzler selbst in die dritte Klasse und der Hofmarschall in die erste — ein Verhältnis, das durch den Krieg natürlich eine ungewöhnliche Zuspitzung erfahren haben wird. Wir wollen uns darüber jetzt nicht streiten, aber wir werden es sehen, wenn nach einmal Klassenwählerlisten herausgegeben werden sollten, wie es mit dem Schützengraben und der Wählerklasse steht. Einer Prüfung der zukünftigen Listen sehen wir mit Spannung entgegen.

Der Großmännerkrieg, der zurzeit zwischen den beiden Häusern des preussischen Landtags ausgetragen wird, lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf die innerpolitischen Zustände des deutschen Vorkriegsstaates. Die Regierung hatte die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer für die Dauer des Krieges vorgeschlagen, das preussische Abgeordnetenhaus bewilligte diese Erhöhung aber nur für das neue Rechnungsjahr. Damit war ein neuer Beweis dafür gegeben, daß die Konservativen in Opposition zur Regierung stehen und daß sie die Masse der Steuerbewilligung nicht aus den Händen geben wollen. Das preussische Herrenhaus aber noch hinter diesem Vorgehen der konservativen Opposition Parlamentarismus und Sozialismus; konservativer als das konservative Abgeordnetenhaus verwarf es dessen Beschluß und stellte die Regierungsvorlage wieder her. Und jetzt hat wieder das Abgeordnetenhaus das Wort.

Daß es in der konservativen Partei, wie in den anderen Parteien auch, tiefste Meinungsverschiedenheiten gibt, ist schon bei verschiedenen Gelegenheiten schon geäußert. Aber darin liegt nicht das Bedenkliche des Vorgehens. Interessanter ist die Tatsache, daß die Konservativen die Reichsregierung, die hier das Dreiklassenwahlrecht bewahrt, nicht immer dann annehmen, um der Regierung gegenüber zu stehen, daß sie das Dreiklassenwahlrecht nicht annehmen wollen.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Krise für Griechenland.

Lugano, 21. Juni. Nach einer Athener Meldung des Mailänder „Secolo“ hat das griechische Kabinett heute demissioniert. Wahrscheinlich werde Jannis die neue Kabinettsbildung übernehmen. Bei der Verlierer griechischen Gefandtschaft liegt eine Bestätigung dieser Meldung bis jetzt noch nicht vor. Ein Systemwechsel würde der Personenveränderung kaum folgen.

Cher abhandeln, als nachgeben.

Berlin, 21. Juni. Französische Blätter melden, der V. J. a. M. zufolge aus Athen: Die griechische Regierung setzt den Forderungen der Entente unbefugten Widerstand entgegen. Die Athener Regierungsblätter schreiben, König Konstantin werde eher abhandeln, als nachgeben. Der deutsche Gesandte hatte eine lange Besprechung mit Skulafis.

Ein Ruf an die Neutralen.

Paris, 21. Juni. Die griechische Regierung hat sich durch ihren diplomatischen Vertreter in Bern an die neutralen Regierungen gewandt und den Gesandten dieser Länder eine Note überreicht, in der die unglückliche Lage Griechenlands dargestellt wird. Ueber den Inhalt der Note wird hier folgendes bekannt: Griechenland stellt fest, daß seine Küsten seit dem 24. Mai vollständig blockiert sind. Die Entente hält alle griechischen Schiffe zurück, die sich in englischen, französischen, italienischen und ägyptischen Häfen befinden. Griechische Schiffe, die in amerikanischen Gewässern kreuzten, sind von der Entente gezwungen worden, nach Mexiko zu fahren und dort Transporte für die Verbündeten zu übernehmen. Eine griechische Beschwerde ist unbeantwortet geblieben. Griechenland ist auch nicht von dem Beginn dieser Blockade benachrichtigt worden, sondern die Verbündeten haben diese Gewaltmaßregel ergriffen, ohne vorher um eine Aussprache mit der griechischen Regierung zu ersuchen.

Weitere Einmischungen.

Kopenhagen, 21. Juni. Die Gesandten der Ententemächte in Athen sind damit beschäftigt, eine Proklamation an das griechische Volk zu erlassen, in der sie die Gründe für das Ausreten der Alliierten der griechischen Regierung gegenüber darlegen wollen.

Rotterdam, 21. Juni. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet zu der Mitteilung ermächtigt zu sein, daß die Entente Mächte immerweit schärfere Maßnahmen gegen Griechenland ergreifen werden. Sie seien beschloffen worden, als Briand in London war.

Saloniki für die Serben.

Amsterdam, 21. Juni. Wie aus London gemeldet wird, ist es dort in diplomatischen Kreisen jetzt öffentliches Geheimnis, daß England beabsichtigt, Saloniki womöglich nie mehr zu verlassen, vielmehr soll der Saloniki-Bezirk Serbien zugewiesen werden, unter Vormundschaft Englands. Dies ist den Serben für ihre Hilfeleistung versprochen worden.

Berlin, 21. Juni. Der V. J. a. M. wird aus Budapest gedruckt: Nach einer Meldung aus Athen berichtet das Blatt „Embras“, daß die vor dem Corinth Canal stehende englisch-französische Flotte wiederholt versucht habe, den Piräus zu besetzen. Truppen wurden gelandet. Auf die telegraphische Meldung des griechischen Kommandanten hin protestierte Skulafis bei der Seeresleitung der Entente, worauf die Truppen wieder eingeschifft wurden.

In den Gerüchten über den Austritt

des griechischen Kabinetts sagt das „Berliner Tageblatt“: Man muß die Nachrichten, solange sie ausschließlich aus griechischen Quellen stammen, mit Vorbehalt aufnehmen. Ein Ministerium Jannis oder Vassiliou würde, wie das Verhalten dieser Staatsmänner seit dem vorigen Jahre bewies, keineswegs eine Erfüllung der Wünsche der Verbandsmächte bedeuten, die danach trachten, Benizelos — sei es als Ministerpräsident oder als Präsident einer hellenischen „Republik“ — wieder in die Macht einzuführen.

Der „Lokal-Anzeiger“ schreibt: Wenn sich die Meldungen als richtig erweisen sollten, würde ein Kabinett Jannis wohl einen Wechsel in der Regierung, kaum aber im System bedeuten.

Vor einem Jahre.

22. Juni. Erfolgreiche französische Durchbruchversuche auf den Maastöhen. Zernberg genommen. Weiterer Rückzug der Russen zwischen San und Reichel und dem Berglande von Kielce.

Aus aller Welt.

Der Dank für die Kriegsteilnehmer.

Sonderbare Ansichten entwickelte der Direktor Schulze der Maschinenfabrik „Hoenes“, U. G., Frankfurt a. M., vor dem Kaufmannsgericht. Wir entnehmen der „Volksstimme“ vom 22. 4. 18 folgenden Sachverhalt:

Ein Angestellter der genannten Firma wurde nach seiner Entlassung vom Militärdienst wieder eingestellt und am ersten Tage nach seinem Dienstantritt sagte man ihm eine neue Kontrahierung vor, weil die alte durch das am 1. Januar 1918 in Kraft getretene Gesetz ungültig geworden war. Der Angestellte weigerte sich, die Klausel ohne Gewährung einer Teuerungszulage zu unterschreiben. Eine anfänglich zugestimmte Zulage von monatlich 15 Mark wurde am nächsten Tage wieder zurückgenommen. Auch der Vorschlag auf Gewährung einer erhöhten Gratifikation wurde mit der Begründung zurückgewiesen, daß Angestellte, die im letzten Jahr im Felde gestanden haben, überhaupt nichts erhielten. Der Angestellte wurde dann sofort entlassen. Der oben genannte Direktor Schulze erklärte vor dem Kaufmannsgericht, daß Leute, die aus dem Felde zurückkämen, nur noch halb arbeitsfähig seien, und daß deshalb einer Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse mit größter Vorsicht nachzugehen werden müsse. Der Angestellte habe sich einer großen Undankbarkeit schuldig gemacht, weil er nicht zu den alten Bedingungen und zum alten Gehalt weiter arbeiten wollte.

Der Angestellte erwiderte dem Vertreter der Firma, daß er dort darauf lege, vor der Öffentlichkeit festzustellen, daß eine Firma, die durch Kriegsteilnehmer Millionen verdient habe, ihren Angestellten, die durch ihr Verhalten im Kriegsjahre diese Millionen verdient hätten, keine Belohnung zu gewähren. Der Direktor Schulze erwiderte, nicht die Herren im Kriegsjahre hätten die Firma diese Gewinne gebracht, sondern die dahintergebliebenen in der Fabrik.

Die Ansichten dieses Herrn Schulze werden Sie sich selbst mitteilen können. Ich habe nur zu sagen, daß wir wollen, daß die Herren, die in der Fabrik geblieben sind, auch etwas verdienen.

Mexikos Unruhe.

Amsterdam, 21. Juni. Der Berichterstatter der „New York Evening Post“ meldet, daß genügend Soldaten nach den mexikanischen Grenzorten und genügend Kriegsschiffe nach den Küstenplätzen ausgesandt worden seien, um den amerikanischen Bürgern zu helfen. Amerika werde eine rein defensive Haltung einnehmen, selbst wenn Carranza die Forderungen eröffnen würde. Man werde sich darauf beschränken, die Angriffe zurückzuweisen. Von einem Vormarsch ins Land, um Eroberungen zu machen, sei keine Rede.

Der Berichterstatter der „New York Times“ in Mexiko erzählt von Carranza, daß er seine Truppen zum Angriff übergehen lassen werde, wenn General Pershing vorrücken sollte oder mehr amerikanische Soldaten die Grenze überschreiten würden. Wie verlautet, gärt es besonders in Nordmexiko. Zwei Staaten sollen bereits den Krieg erklärt haben. Aus Mazatlan wird gemeldet, daß einige amerikanische Matrosen überfallen worden sind.

Möln, 21. Juni. Nach einem Rundpruch der kaiserlichen Zeitung von ihrem Washingtoner Vertreter wird zu dem Aufgebot der Staatsmilizen in hohen amtlichen Kreisen erklärt, es bedeute, daß Carranzas Ultimatum, die amerikanische Strafexpedition dürfe nicht weiter nach Westen, Osten und Süden vorrücken, den Streit zur Krisis gebracht habe. Die Kriegserklärung werde für die nächsten Tage erwartet. In Herreskreisen werde der Tatsache große Bedeutung beigemessen, daß das Kriegsamt bringlichen Befehl gab, Straßenbaummaschinen für die sofortige Verschönerung nach Mexiko bereitzustellen.

Russische Wählerarbeit in Rumänien.

Sofia, 21. Juni. Trotz ihrer bisherigen Mißerfolge wollen die Russenfreunde ihre Agitation nicht einstellen. Die Unionistenkondition kündigt für die nächsten beiden Sonntage abermals Volksversammlungen an, an denen sich auch die Deputationen der Provinz beteiligen werden. Diese Versammlungen haben den Zweck, das Ministerium Dragutzu zu stürzen. Die am vergangenen Sonntag abgehaltene Versammlung hatte keinen Erfolg, weshalb die russophilen Blätter über ihren Verlauf überhaupt nicht berichtet haben.

Ein russisches U-Boot gesunken?

Berlin, 21. Juni. Von der russischen Grenze wird der „Nat.-Ztg.“ gemeldet, daß nach einer Meldung des „Regierungsbots“ ein russisches Unterseeboot von einer Fahrt an der schwedischen Küste bisher nicht zurückgekehrt sei. Allem Anschein nach ist es mit der gesamten Besatzung untergegangen. Es handelt sich um das neue Tauchboot „Neva“.

Wie aus Kiewen von Offizieren der russischen Flotte hervorgeht, haben die russischen Zerstörer in den letzten Tagen unweit der schwedischen Küste Minen gestreut. Zwei große Zerstörerflottillen sind an der schwedischen Küste wahrgenommen worden.

Der Krieg zur See.

Rotterdam, 21. Juni. „Lloyds“ melden die Versenkung des englischen Dampfers „Beach“ (4718 Tonnen), des italienischen Dampfers „Pomig“ (3369 Tonnen) und des französischen Dampfers „Olga“ (3129 Tonnen) am 16. und 18. Juni.

Bern, 21. Juni. Wie „Tamps“ meldet, ist der Dampfer „Seacomet“ aus Philadelphia auf der Fahrt von Archangelst nach London auf eine Mine gelaufen und gesunken.

London, 21. Juni. (Reuter.) Der holländische Dampfer „Otis Larba“ ist gesunken.

Kleine Kriegsnachrichten.

Japanische Kriegsschiffe in Archangelst? Nach Meldungen aus Bergen sollen außer den englischen auch japanische Einheiten in Archangelst eingetroffen sein. Gegenüber anders lautenden Meldungen wird wiederholt berichtet, daß die in Archangelst gelandeten englischen Truppen Kanadier seien.

Aus der Gesellschaft.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte den Schlächtermeister Karl Rost zu 150 Mark Geldstrafe. Der Verurteilte hatte den Höchstpreis um 80 Pfg. pro Pfund überschritten.

Zwischen den Schöten Möln und Bonn war eine Vereinbarung über Höchstpreise für Gemüse getroffen worden. Jetzt auf einmal erklären die Landwirte des Vorbezuges, daß bekanntlich den gesamten Westen bis nach Belgien hin mit Gemüse und Kartoffeln versorgt, daß sie zu festgesetzten Preisen nicht verkaufen und die Märkte meiden würden, wenn die Höchstpreise bestehen blieben würden. Auf dem letzten Gemüsemarkt am Dienstag haben die Landwirte ihre Forderung bereits wehrgewacht. Der Markttag vom Donnerstag blieb aus, und auch von den sonst noch kommenden Pfingsten, über Nacht in Möln eintreffenden beladenen Gemüseschuppen war keiner zu erblicken, jedoch Möln ohne Gemüse blieb.

Glückselig soll, wie der „Rheinischer Anzeiger“ erzählt, eine Verfügung erlassen worden sein, wonach im Landstrafe ein Ausfuhrverbot für neue Kartoffeln ausgesprochen worden sei. Danach würde auch aus der allernächsten Umgebung die Kartoffellieferung nach Möln abgeschnitten sein.

Eine recht gelinde Strafe erhielt der Schöffengericht Rosenbergs in Oppenheim der Besitzer Heinrich Goetz aus Gommersheim. Wie sein früheres Dienstverhältnis richtig bekannt, hat Goetz im letzten Winter wöchentlich zwei als einen Berliner Roggen unter das die Schweine bestimmte Kartoffelmarkter gemischt; auch soll er Getreide in erheblichen Mengen unter das für Futterzwecke bestimmte Getreide gemischt haben. Einmal Tag vor der Verhandlung wurde der Kartoffeln Roggen als eine gewisse Menge angeteilt aus der Möln in ein Feld der Gommersheimen und mit Stroh zudeckt, um deren Vorhandensein zu verheimlichen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten hob der Gerichtshof von einer Geldstrafe ab und verurteilte G. zu 1000 Mark Geldstrafe.

Einmal in Möln. Im Gelbes Möln ist ein noch nicht bekannter Einbruch. Ein weißer Mann, der nach dem Namen genannt, Gemüschekaufmann, der große Saal der Wintergärten, die Wohnungen der Gommersheimen im alten Haus (das verbrannt ist) betrat, um das Gelbes Möln in die Gommersheimen zu verkaufen. Der Mann ging in den Saal und sah, daß die Gommersheimen in der Nacht in den Saal waren, stiegen aus, ohne etwas mitzunehmen.

Politische Uebersicht.

Die Gewerkschaften zur Volksernährung.

Am 15. und 16. Juni lagte in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände der Gewerkschaften, die u. a. auch zur Volksernährung im Kriege Stellung nahm. Nach einem Referat von Robert Schmidt, der die großen Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Lebensmittelversorgung zurzeit zu kämpfen habe, nicht verkannte, aber die vorhandenen Mängel auf die vielen halben Maßnahmen des Bundesrats und die allzu große Rücksichtnahme auf die privaten Erwerbsinteressen der Erzeuger und des Handels zurückführte, und von dem neuen Kriegsernährungsamt nur bei rückstuflosem Durchgreifen zugunsten des Gemeinwohls eine entscheidende Besserung erwartet, wurde einstimmig und befallslos folgende Entschließung angenommen:

„Die strikte Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in der Produktion und im Warenhandel hat während des Krieges zu einer steigenden Schädigung der ärmeren Volksschichten in der Nahrungsmittelversorgung geführt.“

Die fortgesetzten Preissteigerungen haben sich bis zum Unentgeltlichen gestaltet. Die Unterbrechung dieses Treibens ist leider nicht mit der nötigen Entschiedenheit betrieben, die meisten von der Regierung getroffenen Maßnahmen müssen direkt als verfehlt bezeichnet werden.

Bei der Einteilung der Nahrungsmittel, die nicht in genügenden Mengen vorhanden sind, fehlt es an einer Direktive von einer Zentralfstelle und damit an einer Einheitlichkeit des Verteilungssystems. Die vorhandenen Bestände sind veripäet dem Verkehr im freien Handel entzogen und der Mangel damit unnatürlich vergrößert.

Die Beseitigung der Mängel kann nur unter Berücksichtigung folgender Forderungen geschehen:

1. Aufhebung aller Sonderbestimmungen von Bundesstaaten, Kreisen und Gemeinden, namentlich der Ausfuhrverbote.

2. Geregelter Preissetzung für Produzenten, Groß- und Kleinhandel für das ganze Reich, Preise, die auch für die Winderbemittelten erschwinglich sind.

3. Die Beschlagnahme und öffentliche Verteilung der in nicht genügenden Mengen verfügbaren Lebensmittel, ohne Rücksicht auf Erzeuger, Händler oder ungebührlich vergrößerte Privatverhältnisse.

4. Die Verteilung nach einheitlichen Grundsätzen, wobei die Ernährung der schwer arbeitenden Berufsleute besonders berücksichtigt werden muß.

5. Die Schädlinge an der Volksernährung (Spekulation, Kettenhandel, Nahrungsmittelverschwendung) müssen rücksichtslos ausgeschaltet und der Hamsterei mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

6. Vertrieb der wichtigsten Nahrungsmittel durch gemeinnützige Gesellschaften und Gemeinden, Einrichtungen für Massenverpflegung.

Die Gewerkschaften erwarten, daß die größten Mängel in der Lebensmittellieferung beseitigt werden, das Kriegsernährungsamt rücksichtslos mit dem bisherigen System bricht und den Grundstock der Volksernährung, die Beschaffung der Nahrungsmittel, die für die Volksernährung notwendig sind, dem gegenüber alle einseitigen Interessen der Produzenten und Händler schweigen müssen.

Die Gewerkschaften haben bereitwillig an der Beseitigung dieser Aufgabe mitgearbeitet, ohne ausreichenden Erfolg zu haben, da immer wieder den entgegenstehenden Interessen eine völlig unangenehme Rücksichtnahme zuteil wurde.

Nur durch Ausschalten dieses Einflusses wird der Arbeiterkraft die erpörichte Mitarbeit an der Lösung der schwierigen Aufgabe ermöglicht und damit die Last des Krieges erleichtert.

Ein konservatives Urteil über die Sozialdemokratie. Die konservative „Elbinger Zeitung“ schreibt zur Wahl des Senats in der Elbinger Stadt:

„Das Gruseln vor den Sozialdemokraten kennen wir heute nicht mehr. Der erste sozialdemokratische Stadtverordnete entfaltete bei einem Teil der Bürgerschaft ein gewisses Unbehagen, das mehr und mehr schwand, als die Zahl der Arbeiterstadtvorordneten größer wurde und man von ihrer Tätigkeit Kenntnis nahm. Heute zählt die Elbinger Stadtverordneten-Versammlung fünfzehn sozialdemokratische Stadtverordnete, von denen vier im Felde stehen. Die industrielle Arbeiterschaft in Elbing ist so bedeutend, daß man es ihr nicht verargen kann, wenn sie Einfluß auf die städtische Verwaltung erlangt. Und die Stadtverwaltung selbst erleidet davon keinen Schaden. Raim es doch nicht ausbleiben, daß vermehrtes Vertrauen in jene Kreise getragen wird, die bisher im Magistrat nicht vertreten waren.“

Man hat es von dieser Seite oft anders gehört.

retten zu können. Sie sind einweilen im „Ritterbad“, das dem gleichen Besitzer gehört, untergebracht worden. In den Geschäften herrscht große Nachfrage nach Kleidungsstücken, da sich die Gasse neue Kleider kaufen müssen. Zahlreiche Gäste sind abgereist. Zur Selbsterhaltung des Brandes, der den ganzen Vormittag noch andauerte und das Elektrizitätswerk bedrohte, war zur Unterstützung der Feuerwehr von Kösen und Schulportia eine Abteilung der Raumburger Jäger kommandiert. In den Mittagsstunden war man des Feuers Herr geworden.

Der Brand ist, wie sich inzwischen ergeben hat, vermutlich in einem der Geschäftsläden im Erdgeschoß in der Nähe der Zentralfreilegung entstanden. Unter den zerstörten Bodenflächen befinden sich viele Berliner Familien.

Die zwölfjährige Schwester erschossen. Zwei Kinder des Bauernhofbesizers Engelmann in Groß-Schulzen-dorf im Kreise Teltow, ein sieben Jahre alter Knabe und ein zwölf Jahre altes Mädchen, spielten im Garten, während sich die Eltern auf dem Felde befanden. Der Knabe fand im Dienstenhaus ein Gewehr und spielte im Scherz auf seine Schwester; plötzlich krachte ein Schuß, der das zwölfjährige Mädchen mitten in die Stirn traf. Als die Eltern mitläge vom Felde nachhause heimkehrten, fanden sie das Kind lebenslos vor. Es starb, ehe ein Arzt herbeigeholt werden konnte.

Eine Meirids-Gesellschaft. Das Schwurgericht Braunschweig wird sich in den nächsten Tagen mit einem Prozeß zu beschäftigen haben, in dem der Gastwirt Stücken und mit ihm eine ganze Schar von Braunschweiger Bürgern wegen Meirids und Beihilfe dazu, sich zu veranlassen haben werden. Der Hauptangeklagte hat es mit Hilfe seiner Freunde fertig gebracht, sich von seiner Frau ohne deren Wissen und Willen scheiden zu lassen, um eine Andere heiraten zu können. Der Prozeß wurde auf das raffinierteste durchgeführt. Schließlich kam die Sache aber doch heraus, und nun hat die ganze Gesellschaft die eingebrachte Suppe ausgetrunken.

Der als Schmeißer. Im „Börsen Anzeiger“ stand folgendes seltsames Angebot:

„Gemeinejulen. Mehrere tausend unbeschädigte Eier. 100 Stück für 1 Mark abgegeben. Seemanns-Gesellschaft, Möln.“

Alle Tanten von Herrn Mölnen schreiben, daß sie der menschlichen Ernährung zugunsten, wünschenswert in der Meinung von höchsten Stellen. Der Preis von einem Tante Meirids ist das Bild ist noch nicht so ganz. Es wäre Sache der Tanten, festzustellen, auf welcher Speisekarte diese Tanten zu kommen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Juni.

Ueber den Eindruck
der Scheidemann-Versammlung

geben wir nachstehend einige Zeitungsschnitten wieder, die den Abgeordneten einen Ueberblick über die Stimmung der mächtigen Versammlung geben. Wir heben dabei besonders die Vorgänge im Anschluß an die Diskussion hervor. Der „Generalanzeiger“ schreibt:

„Die Ankündigung, daß der Reichstagsabgeordnete Scheidemann, wohl der populärste Führer der sozialdemokratischen Partei nach Debes, im Schlußwort zur Kriegsfriede-Sprecherin, heute gestern Abend schon eine Stunde vor Beginn einer Waffenruhe nach dem Versammlungsorte zur Folge. Der große Saal und die Galerien waren in kurzer Zeit von Angehörigen aller Bevölkerungsklassen derart überfüllt, daß die Polizei schließlich zu Abwehrmaßnahmen greifen mußte. Infolge dessen mußten Tausende, die keinen Einlaß mehr fanden, wieder umkehren. Sensation erregte es in der imposanten Versammlung, die zu den größten und bedeutendsten gezählt werden darf, die Breslau seit Jahren hatte, als bekannt wurde, daß auch der Reichstagsabgeordnete Ledebour, der Führer der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft, auf Einladung seiner Breslauer Anhänger, zu der Versammlung erschienen war. Mit großem Beifall empfangen, ergriff nun Reichstagsabgeordneter Scheidemann das Wort zu seinem Vortrage über „Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg“. Unter großer Spannung und von dem Beifall der Tausenden der Reichstagsabgeordneten Ledebour die Redebeiträge. Die einleitenden Worte seiner Diskussionsrede sind bereits ein Angriff auf die Leistung der Versammlung, wegen der Pause, die ihm die Aussprache beeinträchtigt. Darauf erwiderte Ledebour, daß ohne weiteres auf ihn, Ledebour, Rücksicht genommen werden würde, wenn Ledebour der parlamentarischen Anstandsregeln gänzlich und ohne Rücksicht zu reden, der Versammlungskritik schon früher beigegeben hätte, obwohl die Breslauer Sozialdemokraten Ledebours Anwesenheit nicht gern sähen, weil sich Ledebour noch nicht von der Partei getrennt hätte. Als Ledebour nachmals versuchte, auf seine Rede einzugehen, wird er von der Versammlung stürmisch zur Sache gerufen. Unter den verständlichen Angriffen gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Regierung und die Versammlung, der er u. a. politisches Unverständnis vorwarf, führt Ledebour, häufig von stürmischen Protesten der Anwesenden, aber auch von dem Beifall seiner Freunde unterbrochen, seine Rede zu Ende. Nur die persönlichen Vorwürfe gegen Scheidemann im Schlußwort mit großer Wärme nach einem einseitigen Beifall der Sozialdemokraten parierte, erinnert daran, daß er, Scheidemann, die Idee des Sozialismus im Gegensatz zu seinem Widerstand bereits unter dem Sozialistengesetz vertreten habe. Selbst Ledebour, der heute die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen der Kriegskriegsbewertung angriff, daß diese Kritik bewilligen wollten, allerdings erst dann — wenn die Franzosen am Rhein und die Russen vor Breslau stünden. Die Mehrheit, die inzwischen ja auch bereits sich der offenkundigen Gewalt zur Erfahrung hat dienen lassen, hat jedoch vorgeschlagen, für den Schutz des Vaterlandes in vorrätiger Weise zuzustimmen.

Unter beifälligen Grundgebungen der Anwesenden für Scheidemann wurde die Versammlung geschlossen.“

Die „Schlesische Zeitung“ beschränkt sich auf eine rein referierende Wiedergabe und sagt am Schluß zu Scheidemanns Rede:

„Seine oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen wurden am Schluß stürmisch beifällig.“

Der einzige Diskussionsredner war der Reichstagsabgeordnete Ledebour von der „sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft“, der den Standpunkt dieser Gruppe zur Kriegsfriede- und Friedensfrage darlegte und mit heftigen Ausfällen gegen Scheidemann verband. Seine Ausführungen waren häufig von Widerspruch aus der Versammlung, aber auch von Beifallskundgebungen begleitet. Der Vorwurf, daß er mit seiner Gruppe dem eigenen Lande in den Rücken fälle, wurde er durch den jüdischen Einwand zu entkräften, daß er trotz der Verweigerung der Kriegsmittel durch die Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft die Wehrkraft der einzelnen Anwesenden befehlen könnte. Reichstagsabgeordneter Scheidemann widerlegte im Schlußwort die Behauptung, die Fraktion sei den Grundrissen und Traditionen der Partei untreu geworden, als er die Art, in der Ledebour, nur um Zweifel zu stiften, allerlei Fälschungen und „Parteiartikel“ vorgebracht habe, und wies auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß man die Genossen kämpfen lasse, aber kein Geld für das Heer bewilligen wolle. Scheidemann schloß mit den Worten: „Es lebe die Einheit der Partei, es lebe der Frieden!“ und erntete nochmals stürmischen Beifall.“

Ueber den Dienst, den Ledebour der Breslauer Arbeitererschaft tat, schreibt die „Breslauer Zeitung“:

„Ledebour erging sich, häufig von lärmenden Beifalls- und Widerspruchsgestaltungen unterbrochen, in heftigen Angriffen gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Scheidemann und seine Freunde seien Helfershelfer der Regierung des Belagerungszustandes gewesen. In einer nicht minder scharfen Entgegnung stellte Scheidemann fest, daß der nummehrige Führer der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft, soeben in öffentlicher Versammlung Internas aus Fälschungen vorgebracht habe, und warf ihm revolutionäre Absichten vor. Scheidemanns Entgegnung fand stürmische Zustimmung des größten Teiles der Versammlung.“

Die Zentrumzeitungen am Orte lassen ihr stilles Vergnügen über die innerparteiliche Auseinandersetzung etwas sehr deutlich erkennen, was man ihnen auch nicht verdenken kann. Die „Schlesische Volkszeitung“ sagt u. a.:

„Da an das Reichstagsmitglied sich eine Aussprache schloß, so vertrat die Versammlung einen interessanten Versuch zu machen. Es war daher von vornherein damit zu rechnen, daß der Schlußwort befehl sein würde, zumal sich auch aus anderen Parteikreisen viele einfinden, um zu hören, wie Scheidemann in diesen Zeiten das Thema „Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg“ behandeln würde.“

Diese Versammlung traf auch zu. Schon lange vor Beginn der Versammlung wurde der Saal vollständig gepackt. Scheidemann legte, wie zu erwarten war, nicht nur die Erklärung der Arbeiterbewegung zum Kriege dar, sondern schloß sie in seinen persönlichen Ausführungen die ganze politische Lage. Hierbei befehlte er, daß die Arbeiterbewegung die Pflicht habe, wenn es sich um eine Sache der Arbeiter in der Arbeiterbewegung handelt, die Arbeiterbewegung zu unterstützen.“

Interesse, zu beobachten, daß ein ziemlich großer Teil der Versammlung nicht als Scheidemann die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten begründete. Inzwischen ging das Gerücht, daß der radikale Ma. Ledebour anwesend sei und in der Diskussion sprechen werde. Und das geschah auch. Eine ungeheure Erregung bemerksamer sich der Versammlung, als Ledebour das Wort nahm. Die meisten Anwesenden hatten sich von ihren Plätzen erhoben. Es war eine echt Ledebourische Rede, die da vom Stapel gelassen wurde. Kräftig, Ueberrassungen und noch mehr Phrasen und Ueberrassungen! Wir können aus Rücksicht, die ja nahe liegen, natürlich nicht auf die einzelnen Ausführungen eingehen. Die Ueberrassungen Ledebours war in der Minorität. Zusammen erging (das war nicht nötig! Red. d. B.) sie nach einiger Umrufe dem Redner Gehör und spendete ihm auch Beifall. Bezüglich der Radikalen Scheidemanns erklärte Ledebour, daß das kein stilles Geheimnis, sondern allgemein bekannt sei. Nach 25 Minuten unterbrach Stadt. Höhe den Diskussionsredner mit dem Hinweis, daß die Versammlung nur bis 11 Uhr politisch anwesend sei und insofern dessen schon drei Redner befristet hätten. Infolge der Unterbrechung Ledebours entstand zuerst große Unruhe, schließlich aber einige man sich dahin, daß Ledebour noch weitere zehn Minuten sprechen sollte, um die letzten zehn Minuten dem Schlußwort Scheidemanns zu überlassen. Von besonderem Interesse war die Rede Ledebours: „Versammlungen wie diese sind ein seltenes Ereignis in Deutschland!“ — was ihn aber nicht hinderte, gleich darauf mitschlägen den Belagerungszustand loszusprechen. Er erklärte, daß Ledebour seine Rede damit ab, daß er erklärte, daß er habe gar kein Mandat, hier aber die Stellung der Sozialdemokratie zu entscheiden, er solle in seinem Berliner Wahlkreis bleiben. Scheidemann rechnete dann in seinem Schlußwort mit Ledebour ab, wobei er gegenüber Ledebour die Ruhe behielt und den Beifall der Mehrheit der Versammlung erlangte.“

Die „Schlesische Volkszeitung“ findet es bemerkenswert, daß die Versammlung bei der Begründung der Zustimmung zu den Kriegskrediten „tätig“ geblieben sei. Zum Jubel liest dabei allerdings auch für die Mehrheitsfraktionen kein Anlaß vor, denn für jeden Sozialdemokraten ist ein solcher Entschluß ein furchtbar schwerer. Die Versammlung hat aber die Begründung mit großem Interesse und peinlicher Ruhe ohne einen Laut des Widerspruches angehört und durch ihren Beifall dann kund gegeben, daß sie mit Scheidemanns Anschauung hierüber einverstanden war.

Die Blätter geben die Ereignisse der Versammlung ziemlich zutreffend wieder. Hätte die Zeitung denselben Fehler machen wollen, den Genosse Ledebour machte, und hätte sie die 3000—4000 Reicher so behandelt, als ob sie zu einer Entscheidung in Parteifragen berufen sei, dann hätte ein erdrückender Wald von Händen befunden, daß er hinter Scheidemann steht und im Verhältnis dazu ein einziges Häuflein für Ledebour gestimmt. In diesem Verhältnis, das durch dreifache Beifälle der Breslauer zuständigen Organisation festgestellt ist, hat sich nichts geändert, uns scheint nur, der Minderheitsfreunde sind durch Ledebours Auftreten noch ein paar weniger geworden. Die Zukunft wird zeigen.

In einigen Straßenverkaufsstellen wurde gestern mitgeteilt, daß Nummern der „Volksmacht“ mit dem Bericht der Scheidemann-Versammlung nicht mehr zu haben seien. Das ist ein Irrtum, die betreffende Nummer ist jederzeit noch in unserer Expedition zu haben.

Gegen den Kettenhandel.

Vom Kriegsernährungsamt in Berlin wird geschrieben:

In der Tagespresse sind in den letzten Wochen immer häufigere Klagen über den stets sich weiter ausdehnenden Kettenhandel gemeldet und ständige Abstellung der Mißstände wird immer dringender gefordert. Der Kettenhandel reißt die Ware von Hand zu Hand. Er entzweit sie zeitweise dem Verbrauch vor und treibt den Preis finstlos in die Höhe, ohne Rücksicht auf den vielleicht im Augenblick vorliegenden großen Bedarf, auf die Verderblichkeit der Ware, nur im Interesse eines möglichen Gewinnes. Besonders lebhaft betätigt er sich auf dem Lebensmittelmarkt.

Die große Zahl der täglichen Anzeigen, in denen Preisangebote für Lebensmittel gefordert und Lebensmittel in oft erstaunlicher Menge zu „Hochpreisen“ angeboten werden, geben allein schon Einblick in den Umfang dieses Kettenhandels. Personen, die sich früher nie mit Handel befaßt haben, Firmen, die sich früher ganz anderen Handelszweigen widmeten, haben sich auf dieses bei geringerer Ausnutzung große Gewinne bringende Geschäft gestürzt. Bei dem großen wirtschaftlichen Schaden, dem der Kettenhandel zuzieht, bei der Verschärfung der Verhältnisse, die er auslösen muß, bei dem unüberwinnlichen hohen Gewinn, den er erzielt, sind einschneidende Maßnahmen geboten.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat vor etwa 14 Tagen im Reichstagsrat solche Maßnahmen angekündigt. Der öffentlichen Meinung dauert die Erfüllung der in Aussicht gestellten Regelung bereits zu lange: „es werde allzu lange diesem Treiben ungenügt zugegesehen“. Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes hat sich vom Zusammentritt an mit dieser Frage beschäftigt; aber so einfach, wie es nach den zahlreichen Vorwürfen, die gemacht werden, erscheinen muß, ist sie nicht zu lösen, da der rechtliche Handel geknüpft, der Kettenhandel aber auf das höchste getrieben werden muß.

Nunmehr sind die Verhandlungen im Kriegsernährungsamt abgeschlossen. Nach weiteren Beratungen mit Sachverständigen des Handels und der Zeitungswelt hat das Kriegsernährungsamt eine, den Ketten- und Schrotthandel mit Lebensmitteln nach allen Richtungen hin fassende Verordnung festgestellt, deren Inhalt hauptsächlich in den nächsten Tagen erfolgen wird. Danach soll der Handel mit Lebensmitteln fortan nur mit amtlicher Genehmigung zulässig sein. Von der Genehmigungspflicht sollen fortan nur solche Kleinhandelsbetriebe befreit sein, die Lebensmittel unmittelbar an den Verbraucher abgeben.

Kriegsunterstützung und Steuern.

Es kommt leider noch immer vor, daß Gemeinde-Vorsteher und Magistrate einfach die rückständige Steuer von der Kriegsunterstützung abziehen. Das ist ungesetzlich, was jetzt auch der Minister des Innern in einem Erlass vom 25. Mai 1916 deutlich ausspricht; es heißt darin:

„Bei den Verhandlungen im Reichstag ist von verschiedenen Seiten darüber Beschwerde geführt, daß die auf Grund des Gesetzes vom 26. Februar 1889 sowie der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 gewährten Familienunterstützungen für rückständige Steuern mit Beislag belegt seien.“

Ein solches Vorgehen kann nicht für zulässig erachtet werden. Der den Angehörigen in den Dienst eingetretener Mannschaften zustehende Unterstützungsanspruch ist als der Forderung nicht unterworfen anzusehen. Nach dem Zwecke des Gesetzes stellen sich die Unterstützungen als Beiträge zum Unterhalt dar. Dem entspricht es, sie hinsichtlich der Unpfändbarkeit den auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Unterhaltsforderungen (§ 850 Nr. 2 der Zivilprozessordnung) gleichzustellen. Aus der Unpfändbarkeit des Unterstützungsanspruchs ergibt sich ohne weiteres, daß er der Aufrechnung nicht unterliegt und nicht abgetreten werden kann (§§ 394, 400 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

Eine Abschrift dieses Erlasses mußte auch jedem Gemeinde-Vorsteher und Magistrat zugestellt werden. Dann wäre zu hoffen, daß endlich dieses ungesetzliche Vorgehen der Steuern von der Kriegsunterstützung ein Ende nimmt. Die Unterstützung ist doch für den Lebensunterhalt bestimmt, nicht zum Bezahlen der Steuern.

Der Gemüßmarkt und die Gemüßpreise.

Unter dieser Überschrift geht den Zeitungen folgende ansehnliche herkömmliche Meldung zu:

Die Befürchtungen, daß die von der Preisprüfungsstelle des Magistrats für die laufende Woche aufgestellten Gemüßpreise auf die Preisgestaltung auf dem Markt so einwirken würden, daß man die Waren nur zu den Höchstpreisen abgeben würde, haben sich nicht verwirklicht. Auf dem Markt am 20. Juni konnten in den Markthallen folgende Preise festgestellt werden: Grüne Zwiebeln für ein Hund 10 bis 25 Pf., Mörrüben eine Mandel 20 bis 70 Pf., Mörrüben eine Mandel 20 bis 25 Pf. Danach hielten noch weiterhin verschiedene Preise je nach Weidenschaft der Ware, und die Höchstpreise bilden gewissermaßen die Grenze für Werte besserer Beschaffenheit.“

Leider steht diese Preisfestsetzungsnotiz mit den Tatsachen nicht im Einklang. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß dieselben Waren nach Proklamierung der Höchstpreise von 35 auf 55 bis 60 Pf., Mörrüben von 15 auf 20 und 25 Pf. hinaufkletterten. Es würden also niedrigere Höchstpreise angelegt werden und zwar bald.

Gegen unlautere Preisprüfer.

Der Reichsfamilienrat hat auf eine Anfrage des Kriegsausschusses für Konsuminteressen folgenden Weg gemieden, um eine Beseitigung der unlauteren Elemente aus den Preisprüfungsstellen zu erreichen:

Nach der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 werden die Mitglieder der Preisprüfungsstellen vom Vorstände der Gemeinde oder des Kommunalverbandes berufen, bezw. von den Vorständen der beteiligten Kommunalverbände, Gemeinden oder Ortsteile, sofern sie sich zur Errichtung einer Preisprüfungsstelle zusammengeschlossen haben oder ihr Zusammenschluß durch die Landeszentralbehörden veranlaßt worden ist. Bei diesen Behörden ist der Ausschluß des unlauteren Preisprüfers zu beantragen. Erst wenn diese die Amtsniederlegung nicht veranlassen, ist mit einer entsprechenden Eingabe an die vorgesetzte Landesbehörde zu gehen.“

Wären die Verbraucher in gegebenen Fällen hiernach handeln!

Die Kartoffeln auf dem Lande.

Die Bekanntmachung über die Verpflichtung zur Abgabe von Kartoffeln vom 31. März 1916 wird durch eine neue Verordnung des Reichslandvolkreises dahin geändert, daß dem Kartoffelerzeuger, wenn der Bedarf nicht geringer ist, für jeden Anzeiger seiner Wirtschaft einschließlich des Gefindes und der Naturabrechen, besonders der Alten und Arbeiter, so weit sie kraft ihrer Verpflichtung oder als Lohn Kartoffeln zu beantragen haben, vom Inkrafttreten dieser Verordnung bis zum 31. Juli 1916 statt eines einhalb Pfund (täglich) nur ein Pfund zu belassen ist.

Für Personen über vierzehn Jahre, die bei der Ernte oder sonstiger schwerer Arbeit beschäftigt sind, verbleibt es bei dem Maße von einem einhalb Pfund. Die Verordnung ist sofort in Kraft getreten.

Die neuen Briefmarken.

Zur Einführung neuer Briefmarken teilt die Kaiserliche Reichspostverwaltung folgendes mit:

Anlaßlich der bevorstehenden Einführung einer außerordentlichen Reichsabgabe, die mit den Post- und Telegraphengebühren vorausichtlich vom 1. August ab erhoben werden wird, wird die Reichspostverwaltung vorerst folgende Postwertzeichen herausgeben: Freimarken zu 2½ Pf., 7½ Pf. und 15 Pf., Postkarten zu 7½ Pf., Postkarten mit Antwortkarte zu 7½ Pf. und 7½ Pf. Freimarkenscheine mit 30 Freimarken zu 2½ Pf. (Verkaufspreis 75 Pf.).

Mit dem Verkauf der neuen Wertzeichen wird in den letzten Tagen des Juli bei den Postanstalten begonnen werden. Die Marken zu 2½ Pf. werden es jedermann ermöglichen, etwa vorhandene Bestände an Marken oder Postkarten zu 5 Pf. aufzubringen. Die bayerische Postverwaltung wird eigene neue Marken herausgeben.

* Nachfrage. Die Gewerbetreibenden des 22. Polizeireviere werden von Polizeipräsidenten aufgefordert, sämtliche in ihrem Betriebe befindlichen Sägemaschinen, Schleifmaschinen, Drehbänke für Perkolium u. dgl., Dampfsägen, Gerichte und Wägen, dem Eichamt, Bismarckstraße 10, in der in dem Polizeiverwaltungsblatt bekanntgegebenen Reihenfolge in der Zeit vom 2. bis 22. Juli vorzuführen, um 5 bis 10 Uhr nachmittags vorzuführen.

Meine Breslauer Nachrichten.

*** Frühkonzert im Scheitniger Park.** Am kommenden Sonntag, 25. Juni, wird das vom Kinderchorverein für Schlesien veranstaltete Frühkonzert im Scheitniger Park auf den Terrassen an der Johannisbühlallee wiederholt. Es werden drei- und vierstimmige Lieder von Grell, Brahms, Kreutzer, Schumann, Wittmann, Böllner, Jodel, Schotte u. a., sowie eine Anzahl von Orchesterstücken dargeboten. Der 280 stimmige Chor besteht aus den Oberklassen der Katharinenschule und dem Verein ehemaliger Schülerinnen derselben. Leitung: Alfred Jodel, Kapellmeister bei Göttinger und Barock.

*** In der Kriegsausstellung** ist heute um 6 Uhr das Konzert der beliebtesten hiesigen Künstlerinnen Erila Krug, Melba Gerstenberger, Hanna Schmad und Heide Guttmann. Freitag das Auftreten der Opernschule Marga Reisch. Für den Sonntag am Sonnabend stellt die Gärtnerei von Mosländer in Sacrau eine große Menge Rosen unentgeltlich zur Verfügung. Im Saale wird unter Leitung von Bernhard Beer ein Mosaikspiel gebracht werden.

*** Zirkus Sarrafani.** Kurz bevor Sarrafani sein Zirkus in Breslau beendet, hat er noch ein neues Aufstellungsstück zur Ausführung gebracht, das sich „Alfische“ heißt und ein echt orientalisches Gepräge hat. Das erste Bild bringt den „Alfischen Markt in Arabien“, wo die hübschste Alfische durch den Alfenhändler Alfen als Alfen zum Verkauf gestellt und für den Verkauf des Scheichs Nor-Semba (2. Bild) käuflich erworben wird. Der Scheich verliebt sich schließlich in die neue Alfin und will sie neben der Mutter seiner beiden Kinder zu seiner rechtmäßigen Gemahlin machen. Während er alles zur freundlichen Vermählungsfest bereitet, unternimmt er mit seinem Geliebten eine große „Wegereise“ (3. Bild) auf allerlei wildes Abenteuer. In seiner Abwesenheit spielt sich aber „Im Harem“ (4. Bild) eine wilde Haremgeschichte ab. Den Schluss des orientalischen Märchenstücks bildet als 5. Bild ein „Großes Brunnfest“, das der Scheich zu Ehren Alfisches veranstaltet. Bei diesem Feste, das natürlich den Hauptteil des ganzen Schauspiels bildet, geben alle möglichen orientalischen Tänzer, an denen der Zirkus so reich ist, Proben ihres außerordentlichen Könnens. Tolle Tänze, glänzende Springe, Feuertänze von Frauen und Kindern, glänzende Feuerwerke, eine Schlangenbeschwörung u. a. m. produzieren sich mit ihren besten im Zirkus Sarrafani bisher meist bloß in Einzelvorstellungen gezeigten Nummern, und eine Menge von Ballettstücken führen währenddessen Tänze auf. Das Ganze spielt sich in einem wirklich schönen Alfenland ab, das in lebhafter Beleuchtung erscheint. Die Direktion wird mit ihrer neuen Darstellung noch eine Reihe gut bewährter Tänzer erziehen und sich einen guten Ruf in Breslau verschaffen.

*** Vom Schwurgericht.** Am zweiten und letzten Schwurgerichtstage wurde gegen die verurteilten Prozessanten Marie Medrano, geb. Schmidt, aus Breslau wegen Verbrechens gegen das leibende Leben mit Todesursache verhandelt. Es waren vier Zeugen und sieben medizinische Sachverständige geladen. Nach zweistündiger Verhandlung wurde die Sache bis zur nächsten Schwurgerichtssitzung vertagt werden, weil sich die Ladung weiterer Zeugen erforderlich macht.

*** Amung des Geistes.** Da der 2. Juli 1916 auf einen Sonntag fällt, zieht das Geistes, sofern nicht bei der Schiedsrichterei etwas anderes ausdrücklich ausbedungen worden ist, bereits am Samstag, den 1. Juli an und ab.

*** Straßensperrung.** Wegen Umbauarbeiten wird die Hofstraße zwischen der Steinstraße und dem Reformierten Friedhof bis einschließlich den 29. Juli für Fußverkehr und Reiter gesperrt.

*** Beim Abbringen verunglückt.** Am Donnerstag, früh, wollte ein Frankfurterkrasse 7 wohnhafter Mann vor dem Grundstück 29 derselben Straße von einem in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abspringen, stürzte und erlitt eine so erhebliche Kopfverletzung, daß er von Sanitätern der Feuerwehr ins Althelshospital gebracht werden mußte.

*** Einbruchdiebstahl.** In eine Schankwirtschaft auf der Silberbrunnstraße ist in der Nacht zum 21. Juni eingebrochen worden und der Dieb hat dort mehrere Würste, einige Pfund Fett und Butter und etwas Wechselgeld erbeutet. In derselben Nacht ist ein Einbruch in eine Weinhandlung auf der Schweidnitzerstraße ausgeführt worden. Der Dieb hat sich allem Anschein nach ebenfalls eingeschlichen und hat dort 1200 Mk. Geld und einige Zigarren erbeutet.

*** Taschendiebstahl.** Am 19. Juni, vormittags, wurde in einem Konjunktural auf der Göttingerstraße einer Frau deren Geldbörse mit 4 Mk., 8 Brotmarkenklättern und sämtlichen Lebensmittelmärkten aus der Tasche gestohlen. — Ein dunkelbraunes Geldbörse mit etwa 35 bis 40 Mk. Inhalt nahm am 20. Juni in einem Warenhaus am Ring ein Langfinger einer Dame aus der Tasche.

*** Verkehrsunfall in den Linke-Hofmann-Werken.** Am 21. Juni, in der Mittagsstunde, verunglückte in den Linke-Hofmann-Werken auf der Grundstraße ein 43 Jahre alter Arbeiter von der Brüderstraße 5. Er war an einem Stapel von Eisenmaterial beschäftigt, als der Stapel einfiel und dabei Eisenstücke den Mann an der linken Hand und am linken Unterarm trafen. Das Bein ist ihm jetzt zerkratzt worden. Nach Anlegung eines Verbandes durch Sanitätsmännchen des Werkes überführten Sanitäter der Feuerwehr den Schwerverletzten mittels Krankenautos nach dem Althelshospital.

*** Verurteilt wird seit dem 13. Mai der 22 Jahre alte Heizer Max Gersmann, der zuletzt im Gasthof „Zur Eisenbahn“, Brüderstraße 79, wohnte. Er hat dunkles Haar, blaues Gesicht, blaue Augen, ist von schlanker Gestalt und war bekleidet mit: blauem Jackett, brauner Hose und Weste, schwarzem, heißen Hut und schwarzen Schuhen. Der Verurteilte kam von Berlin, um hier Arbeit zu suchen. Angaben über seinen Verbleib werden nach Zimmer 47 des Polizeipräsidiums erbeten.**

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mitteilungen aus den Direktionsbüros.)

*** Theater- und Opernvorstellungen.** Heute Donnerstag „Das Dreimäderlhaus“, morgen Freitag „Die Kaiserin“, Samstag und Sonntag „Das Dreimäderlhaus“.

*** Lichttheater.** Nur noch kurze Zeit verbleibt die mit so großem Erfolge aufgenommene Operette „Der selbige Balduin“ mit den Sängern Ida Lane, Grete Fuchsbach, Volke Lurich, Josef Sator, Hermann Norden usw. auf dem Spielplan.

*** Victoria-Theater.** Das beliebte Berliner Poffen-Theater Ensemble mit Leonhard Kappel und Siegfried Verich bringt jetzt einen ausgezeichneten Spielplan, welcher der beste seit Beginn des Gastspiels. Die beiden neuen Poffen „Eine Frau“ und „Gedächtnis der Frau“ erzielen allabendlich einen heißen Beifall. Anfang pünktlich 8 Uhr. Vors. oben. Eintrittspreise: 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.02, 0.01.

Bermischtes.

Die größte Tanne der Welt dürfte sich im Walde von County Snohomish im Staate Washington in Nordamerika befinden. Es ist dies eine Gelbhölztaanne, deren Höhe schätzungsweise etwas über 90 Meter beträgt. Sie hat am unteren Stamme einen Umfang von 20,1 Meter und an der 39 Meter hochgelegenen ersten Verzweigung noch einen Umfang von 2 1/2 Meter. Aus ihr könnte ein Balken geschnitten werden, der am unteren Ende 4 1/2 mal 4 1/2 Meter und am oberen 1,8 mal 1,8 Meter dick wäre. Dieser Riesbaum muß auf ein sehr beträchtliches Alter zurückzuführen können, denn in seiner Nähe befinden sich zahlreiche Baumstümpfe, die hundert bis hundertfünfzig Jahresringe zeigen.

Briefkasten.

Domb. Es ist schon so, wie wir mitteilen: Als Genosse Lebedour ungeladen nach Kiel kam, wurde ihm der Zutritt zum Versammlungslokal verweigert und als man ihn zu erzwängen versuchte, durch kannte Gewalt angewehrt. Früher war allerdings Lebedour einmal nach Kiel eingeladen worden und hat dann selbstverständlich auch kein Referat halten können. Eingeladen ist Lebedour nach Breslau seit Jahren oft worden, er hat aber nie „Zeit“ gehabt, jetzt, wo ihn nicht die Organisation zum Aufbau aufforderte, sondern ein paar Einzelne zum Zerplittern, hatte er auf einmal Zeit. — Im übrigen: tun Sie, was Sie nicht lassen können.

Frau E. N. Die Frau ist als Erbin des Mannes gesetzlich verpflichtet, seine rückständigen Steuern zu bezahlen, aber wenn Sie dazu außerstande sind, bitten Sie um Erlass der Steuer. Weisen Sie dabei auf die lange Krankheit Ihres Mannes hin.

Gefr. G. Schreiben Sie an den Nationalen Frauenbund in Breslau, Mitterplatz 1; der unterstützt bedürftige Arbeiterfrauen.

S. Leutenst. Das Wahrsagen gilt als gegen die guten Sitten verstoßend; Gewerbebetriebe oder Wambere werbetische werden dafür nicht erteilt.

H. G. Der Hauswirt hat kein Recht, Sie als Kriegerfrau ohne weiteres aus der Wohnung hinauszubringen. Freilich, wenn das Haus häufiger ist und eingegriffen werden muß, können Sie in der Wohnung nicht bleiben. Der Hauswirt mußte Ihnen dann beim Mieten einer neuen Wohnung beistehen. Den Kriegerfrauen soll doch Beistand geleistet werden, namentlich wenn Sie, wie es bei Ihnen der Fall ist, sieben Kinder haben. Schreiben Sie sofort an den Landrat.

H. G. Ihre Tochter nicht mehr in einem kaufmännischen Geschäft tätig, so braucht sie auch nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen.

Der Wasserstand der Oder.

	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.
Kattow...	1.43	2.0	1.36	1.2	1.42	1.55	1.46	1.28	1.28
Görl...	6.84	1.23	0.9	0.9	1.00	1.04	1.07	1.43	1.43
Stras...	5.13	2.95	2.50	2.36	0.99	0.94	0.93	1.29	1.29
Welle...	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Welle...	5.84	5.5	5.54	5.51	1.34	1.31	1.34	1.06	1.06
Welle...	1.52	1.89	2.12	2.51	0.14	0.19	0.22	1.66	1.66
Welle...	4.54	4.74	4.84	5.04	2.23	2.04	2.09	2.16	2.16
Welle...	2.14	2.8	3.0	2.75	0.85	0.68	0.64	1.89	1.89
Welle...	1.07	1.05	1.48	0.99	0.85	0.85	0.85	0.85	0.85
Welle...	0.77	0.74	1.19	1.14	2.76	2.76	2.76	2.96	2.96
Welle...	4.58	4.98	6.18	5.09	1.36	1.47	1.53	1.56	1.56
Welle...	1.1	1.1	0.85	0.8	—	—	—	—	—
Welle...	0.48	0.48	0.48	0.48	—	—	—	—	—

Wasserstand der Oder am 22. Juni 1916. Die Zahlen sind in Metern angegeben. Die Wasserstände sind für die Zeit von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends gemittelt.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr
„Das Dreimäderlhaus.“
Freitag 8 Uhr:
„Die Kaiserin.“
Samstag und Sonntag 8 Uhr:
„Das Dreimäderlhaus.“

Lieblich Theater

Abend 8 Uhr:
Reizlos letzte Nacht:
Der selige Balduin
Operette in 3 Akten.
Walter Kollo

Deutsche Kriegsausstellung

Breslau: 1. Ausstellung
Johannisbühlallee 12
Samstag, 2. Juli, Sonntag, 3. Juli, 10 Uhr

Wiktoria-Theater

Gebr. Hirsch
„Feine Lust!“
Anfang 8 Uhr. Bonus gültig.

Zeltgarten

Im Garten!
Der glänzendste neue Spielplan!
Spezialitäten:
Die weltberühmte Porzellan-
Rankel und Rappo

Grand Salon

Nur noch 4 Tage
Anfang 7 Uhr
nach 3 u. ab 8 Uhr:
Aischa
die herrliche Götze
Rankel

Mädchen-Chöre

im 1851
Scheitniger Park
(Hauptschankwirtschaft)

Alfred Zobel

Am 21. Juli, 17 1/2 Uhr.
zum Besten des Kinderschutzes
vereins für Schlesien, Ortsgruppe
Breslau.
Karten zu 50 Pf. und 30 Pf.
bei Hainauer, Schweidnitzerstr. 52
Hoppe, Zwingerplatz 8 und
im Verkehrsbüro von Barasch.

Viktoria-Theater

Gebr. Hirsch
„Feine Lust!“
Anfang 8 Uhr. Bonus gültig.

Zeltgarten

Im Garten!
Der glänzendste neue Spielplan!
Spezialitäten:
Die weltberühmte Porzellan-
Rankel und Rappo

Grand Salon

Nur noch 4 Tage
Anfang 7 Uhr
nach 3 u. ab 8 Uhr:
Aischa
die herrliche Götze
Rankel

Zeltgarten

Im Garten!
Der glänzendste neue Spielplan!
Spezialitäten:
Die weltberühmte Porzellan-
Rankel und Rappo

Dominikaner

Kein Abend verloren
bei den brillanten Leipziger.
Am 21. Juli, 17 1/2 Uhr.
Auf Wunsch: **Alarm.**
2 brillante Solisten.
Vorzugskarten gültig.

Bunte Jugend-Bücher

Jedes Buch zu 10 Pf.
In bester durch die Freidressen

Habe meine Praxis wieder aufgenommen

und empfangen mein
Atelier für Zahnersatz
in Gold, Kunstschmelz, Goldkrone, Brückenarbeiten.
Schmerzen, sowie Umarmung schlechterer Gebisse.
Plombierungen
in Gold, Silber, Emaille Porzellan, Inlay usw.
1852
mit künstl. Betäubung, Zahnersatz, Zahnersatz, Zahnersatz.
Mäßige Preise!
Gartenstrasse 6, I. BRESLAU 5. Telegraphenstrasse 8
Eingang So. Hauptstr.

Conrad Klemm, Dentist.

Vorherige Anmeldung von Ausländern erwünscht.

Gonderfarte von Verdun und Umgebung

Stages 1:100000 Größe 35x48 cm
Preis 40 Pf.
In bester durch die Freidressen

Die Bestrebungen

für eine wirtschaftliche Annäherung
Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns
Preis 1 Mark
In bester durch die Freidressen

Bericht-ung!

Dr. Anton Kasper, Kattow.
Es muß heißen:
In den Verhandlungen sind gewählt
als Vertreter:
Gustav Hiersse,
Gustav Jaszag,
als Stellvertreter.

Pfänder-Anstalt

Donnerstag, den 22. Juni
Schiffahrt Westendstrasse 47, I.

Volkslieder

für Heim und Wanderung
im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende
Jugend Deutschlands herausgegeben von
Hermann Böse

Das Buch enthält auf 260 Seiten 300 Volks-
lieder mit Noten und eine Einführung in das
Lautenspiel. 100 Lieder sind mit Akkordbezeich-
nung versehen, natürlich durchweg mit ein-
fachen Harmonisierungen. Klavier- und Lauten-
spielern wird diese Einrichtung willkommen sein.

Taschenformat in Leinen gebunden
Preis 1,50 Mark
Bei Partiebezug durch Vereine 60 Pfennig

„Volksmacht-Buchhandlung“, Breslau
Neue Graupenstr. 5-6

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate

:- In der Volksmacht :-
kosten die kleine Zeile
nur 15 Pfennige:

Geschäfts-Gaushälter

Bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht
Fritz Neitzel
Bahnhofstrasse 5.

Schneider

auf Gabel, Gabel und Löffel, Gabel, wollen Sie mit
Probierzeit und Aufpreis versehen.
Wimmer & Patzsch, Ring 49.